

## Meinung

Eine Meinung zu haben ist grundsätzlich legitim, aber nur, wenn sie auch begründet ist, ansonsten ist sie wertlos und man behalte diese lieber für sich selbst.

Leider wird das selten so praktiziert.

Medien publizieren im Allgemeinen und mehrheitlich Meinungen. Mehr oder weniger gut oder schlecht begründete, bis hin zu reinen Behauptungen ohne jede Substanz, was dann für den Leser wertlos ist, da lediglich eine Beeinflussung ("to nutge someone") vonstatten geht, was letztenendes immer eine Art von Propaganda darstellt.

In seltenen Fällen werden auch reine Nachrichten publiziert, meistens zu Themen, die von geringer gesellschaftlicher Relevanz sind, also einfach nur objektive Fakten.

Themen von Relevanz enthalten dagegen immer einen Spin, welcher die Meinung der ca. 40 reichsten Familien der Welt zum Ausdruck bringt. Innerhalb dieser sehr engen Grenzen bewegt sich die allgemeine zumeist staatliche Berichterstattung, wobei natürlich auch private Medien von Organen des Staates direkt unterwandert oder zumindest beeinflußt werden, bzw. durch die Lobbyisten eben jeder Konzerne, die den reichsten ca. 40 Familien dieser Welt gehören. Daraus resultiert, daß weltweit weniger als 40 verschiedene Gesinnungen in die Berichte der Medien eingehen.

Daneben gibt es zahlreiche private Blogger, die ein Gegenangebot von Meinungen - teilweise gut begründeten - anbieten und zum Teil sogar Fakten liefern, die sonst im Geheimen bleiben. Diese Blogger werden allerdings nur von gesellschaftlichen Randgruppen konsumiert, da der common sense diese nicht für objektiv hält, was die meisten von ihnen auch gar nicht von sich behaupten. Sie wollen lediglich das Meinungsspektrum erweitern und versuchen im Gegensatz zu den etablierten Massenmedien gute Begründungen für ihre Meinungen zu liefern.

Da die Massenmedien den Ruf der Objektivität genießen, benötigen sie keine Begründungen für Meinungen und Behauptungen, dort zählt einfach das Wort. Das Vertrauen hat zwar bei kleineren Bevölkerungsgruppen gelitten - maßgeblich durch permanente Verbreitung von Fake-News, aber eine Neuorientierung fällt den meisten trotzdem schwer, da es für Berichterstattungen aus aller Welt keine unmittelbare Überprüfbarkeit gibt, bzw. durch die reine Faktenlage sehr schwer zu rekonstruieren ist. Natürlich werden auch Fakten oft nicht wahrheitsgemäß berichtet bzw. ins Gegenteil verdreht.

Interessanterweise können die Massenmedien sogar ausrufen: "haltet den Dieb" - was die Verbeitung von Fake-News sogar noch verteidigt. Die Mehrheit der Konsumenten fallen tatsächlich auf diesen simplen und uralten Trick herein oder verhalten sich zumindest nicht

danach.

Erst wenn ein Konsens von Fakten überhaupt vorliegt, kann man sich eine eigene Meinung erlauben. Hier fängt die Problematik schon oft mit mißbräuchlicher Zuordnung zwischen den Begriffen und den Bedeutungen an.

Zum Beispiel dieser Streit zwischen Links und Rechts. Die Linken wollen die Eigentumsrechte abschaffen, die Rechten wollen sie bewahren und Scharen von Gelehrten streiten darüber, welche Position nun die rechte sei, als ob niemanden in den Sinn käme, daß alle beide falsch liegen. Weder die Rechten noch die Linken sind eine Alternative.

Worum geht es? Volkseigentum gab es offenbar selbst in der DDR nicht, denn nach der Wiedervereinigung wurde ja nur "Staatseigentum" privatisiert, genauso wie im Westen das Staatseigentum privatisiert wurde. Das hat eine Welle der Bereicherung ausgelöst und die oft zitierte Schere zwischen Arm und Reich nochmals drastisch auseinanderklaffen lassen.

Praktiziert wurde demnach ausschließlich rechte Politik, in der ausschließlich das Privateigentum geschützt und gemehrt wurde. Kein Privateigentum hingegen sind soziale Errungenschaften - nicht zu verwechseln mit solchen, die sie so titulieren, wie zum Beispiel Genossenschaften, die genauso privatwirtschaftlich agieren müssen, wie jedes andere Unternehmen. Die Blockpartei und die AFD vollstrecken nichts anderes als eine Umverteilung von Arm zu Reich, d.h. die Armen werden weiter zur Kasse gebeten, damit die wenigen Reichen noch reicher werden, was auch seit Jahrzehnten ausgezeichnet funktioniert, was wirklich bemerkenswert ist.

Die Linken fordern eine Umverteilung von Reich zu Arm, z.B. durch Vermögenssteuern und ähnliches. Hier tritt allerdings eine Utopie zu Tage, denn wenn der Weg der Bereicherung umgekehrt wird, fällt ja gleichzeitig der zuvor beschrittene weg, d.h. wenn kein Transfer von Arm zu Reich mehr stattfinden würde, woher soll dann die Leistung von Reich zu Arm noch herrühren? Es wurde offenbar vergessen, daß die Wertschöpfung von den Armen geleistet wird und nicht von den Reichen. Die Reichen besitzen ja nur durch die Wertschöpfung der Arbeiter überhaupt etwas, da gibt es demnach nichts zu holen.

Es nützt also gar nichts, wenn nur bereits bestehende Werte umverteilt werden, dadurch wird allenfalls nur ganz kurzfristig profitiert.

Die Linke Ideologie ist somit vollkommen sinnfrei, die Rechte hingegen hat zumindest bewiesen, daß sie in der Praxis funktioniert, obwohl sie sozial höchst ungerecht ist.

Wir lernen also, daß man nichts umverteilen kann, was man nicht selbst erwirtschaftet hat. Soziale Gerechtigkeit kann niemals aus Umverteilung resultieren, weder in die eine noch in die andere Richtung. Gerechtigkeit kann lediglich aus der Beschränkung der Privatisierung resultieren. Zu allererst müssen zwei Bereiche strikt getrennt werden, die Investment- und Geschäftsbanken. Ohne diese strikte Trennung ist eine Beschränkung der Privatisierung weder vorstellbar noch finanzierbar.

Die Linke Ideologie scheitert ja gerade an ihrer Nichtfinanzierbarkeit. Keynes funktioniert so

genauso wenig wie Hayek oder die gesamte Chicagoer Schule. Hingegen bietet die Hamilton'sche Schule der Ökonomie den Schlüssel zur Lösung, die Regulierung der Wirtschaft und zugleich die Finanzierbarkeit der Zukunft. Hier sind die Grundlagen der physischen Ökonomie (oft auch abwertend als politische Ökonomie bezeichnet) praktiziert wurden, denn ohne diese, hätte die Welt von heute nicht die Infrastruktur die sie (noch) hat.

Privates Eigentum bleibt weiter geschützt, es sei denn, es ist gar nicht privat sondern öffentlich. Die öffentliche (volkseigene) Infrastruktur umfaßt weit mehr als nur Straßen, Eisenbahnen, Energieproduktionsstätten, Bildung, Gesundheitswesen und Sozialwesen.

Beginnt man nämlich die Kosten für diese Basisinfrastruktur zusehends der Privatwirtschaft anzulasten, wird diese im internationalen Wettbewerb nicht dauerhaft bestehen können, denn zwangsweise ergeben sich daraus Standortnachteile, wie es zum Beispiel geringere Löhne sind, bzw. höhere Lebenshaltungskosten.

Es resultiert eine erzwungene Abwanderung der Fachkräfte, wie es heute schon in Deutschland zu beobachten ist und eine daraus resultierende Verringerung der produktiven Wertschöpfung insgesamt, welche wiederum eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten nach sich zieht. Dieser Abschwung kann nur wieder durch eine Erhöhung der produktiven Wertschöpfung erfolgen, wozu aber unabdinglich eine Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur notwendig ist, die wiederum nur dann finanzierbar ist, wenn entsprechende Änderungen in dem Bankensektor vorgenommen werden (wie oben erläutert).

Die Maßnahmen werden weder von Linken noch von Rechten gefordert (von Linken allenfalls zaghaft angedeutet, ohne die entsprechenden Begrifflichkeiten zu nennen).

Zusammengenommen kann man resümieren, daß Deutschland über ein Einparteiensystem verfügt, da sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien der selben Politik, der sich weiter verschärfenden sozialen Ungleichheit, verschrieben haben. Die Unterschiede zwischen den Parteien sind marginal und werden in der Praxis keinen signifikanten (wirtschaftlichen) Effekt zeigen.

Es gibt auch fast keine größere intellektuelle Kraft in Deutschland oder gar in Westeuropa (außer dem Ableger der amerik. LaRouche Bewegung), die das Potential zu einer Massenbewegung hätte, welche eine Kehrtwende einläuten könnte. Die Wende wird vermutlich eher von Außen kommen.

Westeuropa verliert nämlich eigenverschuldet wirtschaftlich immer mehr Einfluß und wird vielleicht schon in 10 Jahren international keine große Rolle mehr spielen. Osteuropa wird sich bis dahin wahrscheinlich abgespalten haben und sich an dem Aufbau der Neuen Seidenstraße beteiligen, insbesondere sich den großen Aufgaben in Nah- und Mittelost beteiligen, zusammen mit China, Indien, Pakistan, dem Iran und vielen anderen. Die Anzahl der Länder, welche mit den BRICS-Staaten kooperieren wächst weiter. Eventuell könnte sich auch Südeuropa abspalten, denn es gibt bereits heute große Synergien mit dem afrikanischen Kontinent, der heute das größte Entwicklungspotential hat (z.B. das italienische

Transaqua-Projekt im Kongo). Spätestens wenn Deutland als Reich der Mitte alleine dasteht, wird sich die Politik gezwungen sehen, einzulenken, wenn es nicht enden will, wie Nordkorea (im Sinne der Abschottung).

Auch die derzeitige Abschottung gegen Russland wird nicht dauerhaft Bestand haben können, wenn Deutschland irgendwann einmal wieder eine wirtschaftliche Zukunft haben soll.

Spätestens wenn die ersten Versorgungslücken im Energiebereich ("Energiewende") akut werden, dann ist absehbar, daß auch die wenigen DAX-Unternehmen nicht mehr auf deutschem Boden operieren werden. Damit kann ebenso innerhalb der kommenden 10 Jahre gerechnet werden.

Eine Wende im Denken ist nicht zu erwarten, man wird gezwungenermaßen - aus wirtschaftlichen Erwägungen - auf den neuen Zug aufspringen. Ob das größere Auswirkungen auf die innere Politik haben wird ist zweifelhaft. Eine "Amerikanisierung" stünde weiterhin bevor, mit dem einhergehenden Wegbrechen der Absatzmärkte.

Ein System lebt nur so lange, wie es etwas zu verdienen gibt. Läßt sich nichts mehr umverteilen, weil die Armen nichts mehr haben, dann wird auch dieses System an ein Ende kommen. Technisch betrachtet ist die Infrastruktur der nächsten Generation schon seit vielen Jahren am Start, lediglich die Finanzierung blieb bis heute aus, doch das ändert sich jetzt mit den BRICS-Staaten, die ihr eigenes und unabhängiges Bankensystem eigens dafür erschaffen haben.

## Die Lösung

Die Firma Hyperloop Technologies hat eine erste Teststrecke für ein neues Transportmittel in der Wüste von Nevada gebaut. Ein "Zug", der aus mehreren einzelnen Kabinen besteht, in denen jeweils 10-20 Personen Platz finden bewegen sich in Vakuumröhren. Der Antrieb funktioniert wie bei einer Magnetschwebbahn. Dieses Prinzip ist in der späten 70ern bereits von der deutschen Firma Thyssen-Krupp (die heute zur indischen Tata-Gruppe gehört) entwickelt worden.

Die Fahrzeitverkürzung ist enorm, selbst weite Strecken können in Zeitspannen überwunden werden, wie man sie von innerstädtischen Verkehrsmitteln gewohnt ist, z.B. die Strecke Berlin-Frankfurt via Magdeburg + Hannover + Kassel (mit jeweils 5 Min Aufenthalt) würde 1 Stunde und 6 Minuten dauern.

Wenn man die Antriebsleitung des in Shanghai (China) fahrenden Transrapids zugrundelgt, der bei normalem Atmosphärendruck höchstens 500 km/h erreicht, dann reicht es aus, den Luftdruck in der Röhre auf 300 mbar zu reduzieren, um die obengenannten Fahrzeiten zu realisieren, d.h. es sind Geschwindigkeiten bis zur Schallgeschwindigkeit oder mehr möglich.

Da die Schallgeschwindigkeit von der Temperatur der Luft abhängt (aber nicht vom

Luftdruck), kann eine niedrige Temperatur von z.B. 0°C die Schallgeschwindigkeitsmauer auf einen Wert von  $\sqrt{287 \text{ J}/(\text{kg}\cdot\text{K}) * 1,4 * 353,15 \text{ K}}$  = 331m/s = 1192km/h verringern. Um einen Überschallknall in der Druckröhre zu verhindern, kann diese Geschwindigkeit nicht überschritten werden, es sei denn, man legt diesen spezifischen Tunnelabschnitt darauf aus.

Zum Überwinden der Überschallmauer ist eine zusätzliche Vortriebskraft nötig, die nach der Überwindung wieder nachläßt.

Güter- und Personenverkehr zwischen Großstädten mit LKW's, Bussen und PKW's wären dann nicht mehr effizient und würden weitgehend entfallen.

Die Baukosten würden nach dem oben erklärten Staatskreditsystem finanziert und würden keinerlei Staatsverschuldung verursachen. Es ist ohnehin fragwürdig, warum sich ein Staat bei privaten Banken verschulden sollte. Auch rein private Initiativen sind denkbar, z.B. die Firma Lufthansa denkt darüber nach, ihre inländischen Fluglinien aufzugeben (zu uneffizient) und an deren Stelle den Hyperloop zu bauen - in Deutschland. Da werden Erinnerungen an den Transrapid wach, nur daß hier bereits eine technologische Generation übersprungen wird.

Das ist ein Aspekt der die gesamte Wertschöpfung im Standort Deutschland erhöhen würde und es ist bezeichnend, daß die Politik hier nicht einmal eine Diskussion aufgenommen hat. Es hat den Anschein, das Geistesleben von Politikern befindet sich immer noch am beginn des 20. Jahrhunderts, wo Geostrategien auf der Tagesordnung waren. Es ist in der intellektuellen Szene immer noch nicht angekommen, daß inzwischen 100 Jahre vergangen sind und ein neues Zeitalter angebrochen ist.

Außerhalb Europas wird dieses neue Zeitalter bereits in Realität gegossen. Das alte Europa schafft sich ab, wenn nicht sehr bald ein Umdenken stattfindet. Noch ist es nicht zu spät, aber die Kapazitäten zur Umsetzung der neuen Infrastruktur schwinden von Jahr zu Jahr.

Lüder Grosser, 22.11.2017